

Giftkippe bundesweit im Fokus

Die Geschichte der Sonderabfalldeponie in Münchehagen: Bürgerproteste und Gerichtsurteile. Hochkriminelle Machenschaften auf dem Abfallsektor mit dramatischen Folgen für Mensch und Umwelt

Von Heidi Reckleben-Meyer

Münchehagen. Die Sonderabfalldeponie (SAD) Münchehagen sorgte über Jahre bundesweit für Aufsehen. Wobei der Begriff „Sonderabfalldeponie“ aus Sicht der Bürgerinitiativen eine Beschönigung ist, denn fast jahrzehntlang beherrschten immer neue Hiobsbotschaften die Schlagzeilen auch in der bundesweiten Berichterstattung: großes Fischsterben im Vorflur der IIs nach Einleitung von Deponiewasser; krankmachender Gestank; Bäume verlieren massenhaft Rinde und sterben. Im Juli 1981 forderte der Kreistag die Auskoffierung der Altdeponie nach „mehrfachen Ausquetschungen von Säureharzen“. Die Kreisverwaltung wiegelte ab. Schließlich zeigte die dramatische Vergiftung von Grundwasser und Sedimenten der IIs auch mit Dioxinen nach dem typischen Münchehagen-Muster die dramatischen Folgen einer Mischung hochkrimineller Machenschaften auf dem Abfallsektor und rechtskräftig festgestelltem Totalversagen der Aufsichtsbehörden von Landkreis und Land: Das Verwaltungsgericht (VG) Hannover stellte fest, die Giftkippe ist illegal. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg attestierte sogar einen nach wie vor geltenden, aber ausgesetzten, Rückbauanspruch.

Sonderabfälle seit 1970

Es begann 1970 mit der Einlagerung industrieller Sonderabfälle als Folgenutzung ausgebeuteter Tongruben in der Gemarkung zwischen Münchehagen, Loccum und Wiedensahl. Die Mengen wurden ab 1977 erweitert. In der rund 2,5 Hektar großen Altdeponie ließen die Unternehmen Stenzel und Borsinghaus zwischen 1970 und 1973 in 25 rund sechs Meter tiefen, offenen Gruben etwa 56 000 Kubikmeter Industrieabfälle aus der Herstellung von Pflanzenschutzmitteln, Farben und Lacken abkippen. Ob in dieser Zeit tatsächlich nur die angemeldeten „mineralölhaltigen Abfälle“ eingelagert wurden, zweifelte selbst das Kreisbauamt 1981 an. Das Ganze geriet mehr und mehr außer Kontrolle. Immer wieder finden sich in alten HARKE-Bänden Berichte darüber, dass Anwohner protestierten und die Polizei benachrichtigten, weil nachts ganze Lkw-Konvois ihre Fracht dort abkippten.

Trotz des wachsenden Protestes in der Bevölkerung ließen die Aufsichtsbehörden die Deponie in östlicher Richtung um weitere 5,5 Hektar erweitern. Die Neudeponie entstand. In vier rund 25 Meter tiefen Gruben wurden zwischen 1977 und 1983 etwa 350 000 Kubikmeter überwiegend feste Abfälle eingelagert. Darunter viele Tausend Tonnen giftiger Stoffe wie dioxinhaltige Flugasche aus Müllverbrennungsanlagen – und: Gift aus der Chlorchemie. Stoffe, unter denen auch Seveso-Dioxin geführt werden. Das sind hoch toxische, krebserregende Verbindungen. Der giftigste Vertreter ist das Seveso-Gift TCDD 3478. Dessen weltweit höchste Konzentration wurde 1986 in einer Ölfahne der Giftkippe gefunden. 41 in Italien verschwandene Fässer der Seveso-Katastrophe wurden mit der Giftkippe in Zusammenhang gebracht, erst dann wurden Sicherheitsstufen

450 000

Kubikmeter unterschiedlicher Giftstoffe befanden sich Anfang der 1980er-Jahre im Deponiekörper – und niemand konnte sagen, wie sie miteinander reagieren könnten

auf dem Gelände eingeführt, erst dann befreite das Land „den personell und fachlich überlasteten Landkreis“ (Oberkreisdirektor Dr. Wilfried Wiesbrock) von der Aufsichtspflicht.

Noch Anfang der 1980er-Jahre sollte die Deponie erweitert werden. Schon seinerzeit konnte niemand sagen, wie die 450 000 Kubikmeter unterschiedlicher Giftstoffe im Deponiekörper miteinander reagieren. Zumal, wie dokumentiert, schwere Fahrzeuge Fässer zermalmen. Zu allem Überflus widersprachen sich diverse Gutachten über die Dichtigkeit des Deponie umgebenden Tonsteins. Das Endergebnis: undicht weil wasserführend. Die Umweltgefährdung wurde immer deutlicher, und die Bürgerinitiativen immer rebellischer, die Erweiterung abgeblasen und die Deponie 1983 geschlossen. Der Deponiebetreiber ging 1985 in Konkurs. Sämtliche Akten der Firma verschwanden.

Rechtswidrig entstanden

Längst war klar, dass es sich bei der SAD Münchehagen nicht um eine klassische Deponie, sondern um eine rechtswidrig entstandene, mangelhaft kontrollierte Altlast handelte. Es gründeten sich die Umweltgruppe Wiedensahl, die Bürgerinitiativen (BI) „Stopp den Giftmüll!“ und „Rehburg-Loccum Bürger gegen Giftmüll“. Die Städte Rehburg-Loccum und Petershagen sowie die Samtgemeinde Niedernwöhren klagten. Zumal Behörden Zusagen nicht einhielten und eine seitliche Umschließung des Deponiekörpers für unnötig hielten. Allein eine Abdeckung sollte reichen. Da machten die Kommunen nicht mit. Sie stützten sich auf das Urteil des VG Hannover von 1989: Die Deponie ist illegal. Das Urteil war jedoch nur ein kleines Druckmittel gegen das Land. Ein schlagendes Argument war hingegen das Urteil des OVG Lüneburg: Das sprach den Kommunen einen Beseitigungsanspruch der Deponie, also die Sanierung des Geländes, zu.

Die folgenden Verhandlungen über eine umfassende Sicherung der Deponie gestalteten sich schwierig. Sie kostete zig Millionen Mark, neben den etwa jährlich zwölf Millionen allein für die Wasserhaltung bei starken Regenergiefällen, damit die Deponie nicht überläuft. Das extra für eine Lösung der Interessen eingesetzte und bundesweit für Aufsehen sor-



In Münchehagen landeten viele giftige Stoffe, sodass auch Schutzbekleidung an der Tagesordnung war.

FOTO: ARCHIV

gende Mediationsverfahren an der Evangelischen Akademie Loccum unter Einbeziehung von BI und Bevölkerung setzte die umfassende Sicherung durch: Wasserhaltung mit Ringdrainage, Gasfang, Oberflächenabdichtung, seitliche Umschließung des Deponiekörpers bis in 30 Metern Tiefe und eine regelmäßige Probenentnahme aus zahlreichen Brunnen, um die bereits festgestellte Schadstoffausbreitung im Untergrund unbefristet zu überwachen. Die Einrichtung einer dementsprechenden, unabhängigen Bewertungskommission unter Vorsitz des Mediators Meinfried Striegnitz gehört zu den wichtigsten Eckpfeilern der Sicherung und Überwachung. Das ist kurz Inhalt der Vereinbarung zwischen Kommunen und Land, unter der Maßgabe, dass die Kommunen die Durchsetzung der Deponie-Beseitigung aussetzen.

Als jedoch Juristen im Umweltministerium begannen, Sicherungsschritte in Sanierungsschritte umzuwandeln, da riss dem damaligen Stadtdirektor Dieter Hüsemann der Geduldsfaden. Er und die Kommunen riefen den Behörden nachhaltig das Urteil des OVG Lüneburg ins Bewusstsein. Folge: Das Moratorium gilt bis heute. Wie kommentierte der damalige niedersächsische Umweltminister Wolfgang Jüttner (SPD): In Münchehagen habe sich gezeigt, „wie wichtig es ist, die Bevölkerung in Entscheidungsprozesse mit einzu beziehen und über die Sachlage aufzuklären“. Eine Einsicht, die spät kam.

Der Vertrag wird regelmäßig fortgeschrieben. Jedes Jahr legt die Bewertungskommission einen Bericht darüber vor, ob Maßnahmen ausreichen, sich Messwerte auf der Deponie und im näheren Umfeld verändern. Sie stellt eines der wichtigsten Elemente der Vereinbarung dar. So werden regelmäßig und unabhängig Daten gewichtet und den Betroffenen öffentlich erläutert. Neben Striegnitz gehören dem Bewertungsgremium ein Gutachter fürs Land und ein Experte für die Kommunen an.

Wie wichtig das Gremium ist, zeigt sich stets daran, dass es nach wie vor Auffälligkeiten gibt: Trotz der 1250 Meter langen Dichtwand um den Deponiekörper und einer 9,5 Hektar großen Oberflächenbedeckung korrespondieren Wasserstände innerhalb und außerhalb der Anlage miteinander. Erklären können sich die Fachleute diesen Vorgang bisher nicht. Zudem lief die Deponie an einigen Ecken immer mal wieder bei langen Regenfällen über.

In den vergangenen zehn Jahren zeigte sich, dass chemische Vorgänge in der Deponie sehr langsam ablaufen und Schadstoffstränge frühzeitig erkennbar sind. Die Deponie kommt offenbar mehr und mehr zur Ruhe. Einige technische Anlagen wurden mittlerweile abgebaut: So war die Gasabsaugung nach einer dreijährigen Versuchsphase auf einen passiven Gasfang umgestellt worden. Das Messstellen-Netz wurde teilweise noch dichter gesetzt mit dem Ziel, die Sicherung und Über-

wachung in ein Langzeit-Monitoring zu überführen.

Brief an Minister übergeben

Das betrachten die Bürgerinitiativen misstrauisch. Sie fürchten, dass das Thema so in Vergessenheit gerät. 2016 überreichten sie deshalb dem niedersächsischen Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) einen offenen Brief mit Kritik im Umgang mit der Giftmülldeponie: „Der Münchehagen-Komplex dümpelt, politisch gesehen, so vor sich hin und hat gute Aussichten, mittelfristig komplett stillgelegt zu werden. Das aber darf nicht geschehen! Denn die Unzulänglichkeiten der Sicherung und die offenbare Absicht der niedersächsischen Landesregierung, den heutigen Zustand in eine möglichst billige Dauerlösung zu überführen, werden die Risiken für die Bevölkerung steigern, statt sie zu mindern.“

Die Bürgerinitiativen hatten in all der Zeit immer das Agieren der Behörden im Blick. Ein Mann der ersten Proteste, Wolfgang Völkel (Loccum), sitzt in den regelmäßigen Zusammenkünften des Bewertungsgremiums mit am Tisch. Immer wieder mahnt er, wachsam zu bleiben. Er informiert über Verfahren, wie beispielsweise eines in der Schweiz, das erfolgreich eine Technik einsetzt, mit der solche Deponien tatsächlich zu sanieren und zurückzubauen sind, statt nur deren Sicherung zu betreiben. Sein Name und auch der des mittlerweile verstorbenen Aktivisten Heinrich Bredemeier (Münchehagen), der viele Jahre eine führende Rolle in der BI einnahm, sind untrennbar mit der Geschichte der SAD verbunden. Wenn Wolfgang Völkel heute zurückblickt, kommt er zu folgender Einschätzung: „Die Giftdeponiesicherung ist bis jetzt ein Topf mit Deckel, leider ohne Boden! Es gibt keine Aussagen über die Haltbarkeit

der Betonit-Dichtwände. Ob die Kontrollbrunnen immer genau dort stehen, wo Schadstoffe austreten, bleibt eine Glaubensfrage.“

Dass die Giftstoffe scheinbar sehr langsam vom Wasser transportiert werden, ist sicher ein Vorteil bei der jetzigen Überwachung. Diese „Sicherungsmaßnahmen“ wurden uns vom Land Niedersachsen 1999 „verordnet“ und wir, als BIs, haben zähneknirschend diese Maßnahmen akzeptiert. Schließlich wurde mit dieser Baumaßnahme nach 30 Jahren endlich der Vergiftung der Umwelt durch Giftsickerwasser und Gasaustritten etwas entgegengesetzt. Die technischen Möglichkeiten, solche Giftgemische auszugraben und zu behandeln, waren damals nicht erprobt oder nicht verfügbar. Heute gibt es die Technik, Giftdeponien auszugraben. Die Deponie ist illegal und muss weg! Solange, wie sie streng überwacht wird und keine Gefahr von der Anlage ausgeht, akzeptieren wir den jetzigen Zustand.“

Rehburg-Loccum amtierender Bürgermeister Martin Franke bezeichnet die SAD als „Ewigkeitsaufgabe“. Besonders froh ist Franke über eine mittlerweile vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Akteure.

Sein Vorgänger, Dieter Hüsemann, sah sich mit seinem Amtsantritt als Stadtdirektor von Rehburg-Loccum 1989 mit dem Thema konfrontiert. Heute sieht Dieter Hüsemann das so: „Die jahrelangen Auseinandersetzungen um ein Sicherungs- und Sanierungskonzept für die ehemalige Sonderabfalldeponie zeigen, dass es notwendig ist, sich auch mit komplexer Thematik auseinanderzusetzen und um den richtigen Weg zu streiten. So lassen sich dann am Ende verantwortbare Ergebnisse erzielen. Ich bin froh, dass wir ein langfristiges Sicherungskonzept für die Altlast Münchehagen mit dem Land Niedersachsen vereinbaren konnten.“

Die SAD Münchehagen ist eine der herausragenden Negativbeispiele in der illegalen Beseitigung industriellen Sondermülls in Niedersachsen. Das Versagen von Land und Landkreis belegen ein Bericht des Landeskriminalamts und ein Gerichtsurteil. Jede niedersächsische Umweltministerin, jeder Umweltminister musste sich mit der SAD befassen: Dr. Werner Remmers (CDU), Monika Griefahn (Grüne), Wolfgang Jüttner (SPD), Hans-Heinrich Sander (FDP), Stefan Birkner (FDP), Stefan Wenzel (Grüne) und Olaf Lies (SPD). Durch eine umfassende Aufarbeitung der Geschehnisse, ein bundesweit als Modellbeispiel zitiertes Mediationsverfahren sowie eine aufwändige Sicherung gelang es den BI und Anrainerkommunen, das Vertrauen der Bevölkerung langsam zurückzugewinnen.

Offensive Nacharbeit

Auch wenn Münchehagen mittlerweile eher als der Ort bekannt ist, in dem einst die Dinosaurier ihre eindrucksvollen Spuren hinterließen, möchte der Rehburg-Loccumer Ortsteil auch das dunkle Kapitel seiner Geschichte nicht unter den Teppich kehren, sondern geht offensiv damit um – in der Gremienarbeit genauso wie bei Gästeführungen. So sind die Dinosaurierfahrten ein Naturdenkmal in Münchehagen und die Ex-Giftkippe ein Mahnmal über kriminelles Verhalten und Behördenversagen bei der Beseitigung von Sondermüll.

Info Auf www.dieharke.de finden Sie eine Fotostrecke zur SAD Münchehagen.



Die Fässer zur Einlagerung wurden nicht etwa geordnet eingelagert, sondern mit schweren Maschinen zerquetscht, wohl damit mehr hineinpassen. FOTO: GRÜNE REHBURG-LOCCUM



Viele Jahrzehnte lehnten sich Bürgerinnen und Bürger gegen die Machenschaften auf. FOTO: ARCHIV



Die Sicherung der SAD Münchehagen kostete den Steuerzahler schon viele Millionen Euro – ein Ende ist nicht in Sicht. FOTO: RECKLEBEN-MEYER